

**P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt und Verkehr** der Stadt Burgdorf am  
**24.04.2012** Sitzungszimmer des Rathauses II

17.WP/UmVerkA/004

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:40 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: Uhr

---

**Anwesend:** **Vorsitzende**

Leykum, Maria

**stellv. Vorsitzender**

Obst, Wolfgang

**Mitglied/Mitglieder**

Heldt, Gabriele  
Köneke, Klaus  
Kuyucu, Ahmet  
Morch, Hans-Dieter  
Ruser, Horst  
von Oettingen, Gero  
Weinel, Olaf

Ab TOP 3

**Beratende/s Mitglied/er**

Abend, Sven  
Kleinschmidt, Dieter  
Kusber, Paula

**Gast/Gäste**

Böckmann, Volker

(Vertreter der Energiegenos-  
senschaft Lehrte-Sehnde  
eG) - Bis TOP 6

**Verwaltung**

Baxmann, Alfred  
Frerichs, Peter  
Herbst, Rainer  
Stabno, Martin  
Warneke, Karen

## **TAGESORDNUNG**

### **Öffentlicher Teil**

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 22.03.2012
3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Gründung einer Burgdorfer Energiegenossenschaft  
-Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Die Linke" vom 23. November 2011-  
Bericht durch Herrn Böckmann (Energiegenossenschaft Lehrte-Sehnde)  
Vorlage: 2011 0070
6. Ausbauprogramm "Im Langen Mühlenfeld" und Knotenpunkt "Vor dem Celler Tor/Gartenstraße/Im Langen Mühlenfeld"  
Vorlage: 2012 0115
7. Anregungen an die Verwaltung

### **Einwohnerfragestunde**

## Öffentlicher Teil

### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

**Frau Leykum** begrüßte alle Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Frau Leykum begrüßte weiter Herrn Böckmann von der Energiegenossenschaft Lehrte-Sehnde. Herr Suska fehlte entschuldigt. Die Tagesordnung wurde **einstimmig beschlossen**.

### **2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 22.03.2012**

---

#### **Beschluss:**

Bei zwei Enthaltungen wurde das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr vom 22.03.2012 **genehmigt**.

### **3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

---

**Frau Leykum** bat darum, dass aufgrund des öffentlichen Interesses der Inhalt der Antwort auf die Anfrage von Herrn Schrader vom 15.04.2012 („Vollsperrung der Unteren Marktstraße während der Baumaßnahmen“) verlesen wird.

**Herr Herbst** verlas daraufhin die Antwort der Verwaltung vom 17.04.2012 (Informationsvorlage 2012 0132).

### **4. Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

**Herr Frerichs** teilte mit:

- a) Nach der Berechnung des Nds. Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) haben sich die Überschwemmungsgebiete für den Bereich unterhalb des Verteilerbauwerks Obershagen (Neue Aue/Alte Aue) im Vergleich mit der Berechnung aus dem Jahr 2007 für den Fall eines sog. „Hundertjährigen Hochwassers – HQ100“ erheblich vergrößert. Zurzeit findet das Verfahren der Behemmensherstellung mit den Unteren Wasserbehörden statt. Die Kommunen werden nur informatorisch beteiligt. Nach Abschluss der Behemmensherstellung werden die Überschwemmungsgebiete bis zum Erlass einer Verordnung durch den NLWKN vorläufig gesichert.
- b) Die Teilnahme an dem Feldversuch zur Reduzierung der Unterhaltung von Gewässern III. Ordnung kann vor dem Vorliegen einer grundsätzlichen Zustimmung des Nds. Umweltministeriums und Durchlaufen eines schriftlichen Antrags- und Bewilligungsverfahrens eingeleitet werden. In Betracht kommen Teilabschnitte des Hainholzbaues und evtl. des Bruchgrabens. Voraussetzung für die Teilnahme sind eine ausreichende Vorflut und keine zusätzliche Kosten für die Stadt.

**Herr Stabno** teilte mit:

- a) Auf dem Stadtfriedhof Niedersachsenring ist die Abteilung „Urnen unter Bäumen“ vollständig belegt. Im Lauf des Jahres soll eine Erweiterung um einen vorhandenen weiteren Baum angelegt werden.
- b) Das von der yezidischen Gemeinde in Burgdorf/Lehrte gewünschte eigenständige Grabfeld auf dem Stadtfriedhof kann zurzeit aus finanziellen und rechtlichen Gründen nicht verwirklicht werden. In einem Gespräch mit Vertretern der yezidischen Gemeinde verständigte man sich auf Vorschlag von Herrn Langen einvernehmlich darauf, den Antrag nicht abschlägig zu bescheiden, sondern so lange ruhen zu lassen, bis die laufenden Friedhofsentwicklungsplanungen soweit fortgeschritten sind, dass eine erneute Beurteilung der Antragsvoraussetzungen vorgenommen werden kann.
- c) Im Bereich des Läuferwegs wurden durch die Fa. BS|Energy Freileitungen abgebaut und die Beleuchtungskabel erdverlegt. Die zuvor vorhandenen Abstände zwischen den Leuchten wurden von 55m auf 44m verringert und es wurde eine zusätzliche Leuchte aufgestellt.

**Herr Herbst** teilte mit:

- a) Die Protokolle der Geschwindigkeitsmessungen werden der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.
- b) In Beantwortung der Anfrage von Herrn Hinz in der VA-Sitzung vom 17.04.2012 ist darauf hinzuweisen, dass die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr für die Ampelschaltung zuständig ist. Eine Neuberechnung der Verkehrsströme liegt bereits vor und eine Umprogrammierung soll vorgenommen werden. Aufgrund der Personalsituation in der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wird die Umprogrammierung noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.
- c) Am 02. Mai findet um 16.00 Uhr eine Begehung des Stadtparks mit Herrn Ackermann statt. Dabei sollen erste konzeptionelle Ideen und Anregungen für den Pflege- und Entwicklungsplan gesammelt werden. Eingeladen wurden Vertreter des VVV, Stadtmarketing, Seniorenrat, ADFC, Nabu und Sozialverband. Es soll weiter die Grundlage für die Erweiterung des Fördergebiets für die Beantragung der EFRE-Mittel vorbereitet werden. Eine Vorlage wird Ende Juni 2012 die Gebietsabgrenzung sowie die Maßnahmen und Kosten aufbereiten.
- d) Der Nahverkehrsplan 2013 wird durch die Region Hannover vorbereitet. Es sollen grundsätzliche Anregungen mitgeteilt werden. Ein Entwurf soll im Frühjahr 2013 an die Regionskommunen versendet werden.

**Herr Obst** regte an, dass eine Trennung der Buslinien 910/920 vorgenommen werden sollte, die beide über das „Lange Mühlenfeld“ fahren. Eine Linie könnte dann die Strecke Celler Tor / Sorgenser Straße befahren. **Herr Herbst** erwiderte, dass bei einer radial geführten Streckenführung dieser Vorschlag Berücksichtigung finden könnte.

- e) Im Zuge des Stadtstraßenumbaus soll die ringförmige Richtungsanzeige im Bodenbelag vor dem Rathaus I entfernt und nicht wieder installiert werden.
- f) Die Porphyr-Bodenplatten, die im Bereich vor dem Rathaus I eingebracht werden sollen, sind noch nicht eingetroffen. Daher werden zunächst andere Pflasterungen im Fußwegbereich der Marktstraße vorgenommen und die Arbeiten im Bereich Rathaus I bis Deutsche Bank zunächst ausgespart.

- g) In Abstimmung mit der Region Hannover und der RegioBus war in der Vergangenheit die Ansichtshöhe der Bordsteine der Bushaltestellen in der Marktstraße auf 8 cm festgesetzt worden. Nunmehr richtet die Region Hannover nach einer Ortsbesichtigung die Bitte an die Stadt, zumindest an der Südseite der Marktstraße die Bordsteinansicht auf 12 cm zu erhöhen. Optimal wären für den Einstieg mobilitätseingeschränkter Personen 18 cm. Auf der Nordseite ist die Erhöhung auf 12 cm aus bautechnischen Gründen nicht möglich. Weiter schilderte **Herr Herbst**, das die zukünftige Bushaltestelle um 7 Meter auf insgesamt 37 Meter verlängert werden müsste, da die Busfahrer die Haltestelle aufgrund der vorgezogenen Pflasterinsel nur erschwert anfahren und zwei Busse gleichzeitig halten können. Nach intensiver Diskussion einigten sich die Ausschussmitglieder darauf, dass der Erhöhung der Ansichtshöhe von 12 cm zugestimmt werden kann. Auf Vorschlag von **Herrn Ruser** sollte weiter der Region vorgeschlagen werden, die Bushaltestelle anstelle der Verlängerung um 7 Meter in Richtung Osten zu versetzen, um die Problematik des Einfahrens zu beseitigen.
- h) Für die zukünftige Gestaltung des Kreisverkehrsplatzes „Schwarzer Herzog“ haben erste Gespräche stattgefunden. Die Radfahrer sollten richtungstreu geführt werden. Nach der Sommerpause soll bei einem „Runden Tisch“ die weitere Planung der Radwegeführung besprochen werden.

**Frau Kusber** erklärte, dass der Seniorenrat sich erneut mit der Notwendigkeit einer zusätzlichen Bushaltestelle in der Weserstraße beschäftigt hat. Nach einer Ortsbesichtigung ist der Seniorenrat zu dem Schluss gekommen, dass die Schaffung einer zusätzlichen Haltestelle zurzeit nicht notwendig ist. Weiter wies Frau Kusber darauf hin, dass die vorhandene Querungshilfe zu nah am Kreisverkehrsplatz eingerichtet ist. Es ist ratsam, die Querungshilfe entweder weiter entfernt oder eine weitere Querungshilfe zu planen. Schließlich ist der Fuß-/Radweg vor dem Elektronikmarkt zu schmal. Bei der Begegnung von Fußgängern mit Rollatoren sowie Radfahrern kommt es zu Gefahrsituationen. **Herr Herbst** sagte zu, diese Hinweise aufzugreifen und zu prüfen.

5. **Gründung einer Burgdorfer Energiegenossenschaft**  
**-Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Die Linke" vom 23. November 2011-Bericht durch Herrn Böckmann (Energiegenossenschaft Lehrte-Sehnde)**  
**Vorlage: 2011 0070**

---

**Herr Böckmann** stellte als ehrenamtliches Vorstandsmitglied die Gründungsgeschichte sowie –schritte der Energiegenossenschaft Lehrte-Sehnde eG mittels der als Anlage 2 beigefügten Präsentation vor. Dabei erläuterte er, dass die Genossenschaft auf Initiative der Stadtwerke Burgdorf und der Volksbank durch insgesamt 64 Gründungsmitglieder ins Leben gerufen wurde. Wesentlich für das Gelingen der Gründung waren bereits bestehende Projekte in der Phase des Beginns sowie ein Businessplan. Die Genossenschaft nutzt die Infrastruktur sowohl der Stadtwerke als auch der Volksbank. Die Stadt selbst hat keine aktive Rolle inne, sondern hat durch politische Impulse die Gründungsphase begleitet. Notwendig für die Mitgliedschaft in der Genossenschaft ist ein Ortsbezug zu Lehrte oder Sehnde. Ein Mitgliedsanteil beträgt 500,00 €. Die Kündigungsfrist beträgt 3 Jahre. Herr Böckmann stellte die von der Genossenschaft realisierten Projekte vor, bei denen es sich ausschließlich um solche aus dem Bereich der Photovoltaik handelte.

Die Genossenschaft prüft ein Engagement in der Windkraft, wofür größere finanzielle Volumina notwendig sind. Zu beachten ist hier auch das größere Konfliktpotenzial.

**Herr Fleischmann** hinterfragte, ob nach Ansicht von Herrn Böckmann auch andere Energieformen außer der Solarenergie für eine Energiegenossenschaft in Betracht kommen, hier z.B. die Produktion von Energie in der Deponie oder der Kraft-Wärme-Kopplung.

**Frau Leykum** stellte heraus, dass zunächst geklärt werden sollte, ob die Gründung einer Genossenschaft überhaupt denkbar ist und verwies auf die wichtige Rolle der anderen Akteure und nicht der Politik.

**Herr Köneke** betonte, dass auch andere Energieformen, z.B. Biogas, in den Blick genommen werden sollten.

**Herr Böckmann** erwiderte, dass insbesondere die Nutzung der Infrastrukturen der Stadtwerke und der Volksbank erst ermöglichen, den Geschäftsbetrieb der Genossenschaft zu führen. Wichtig ist das Vorhandensein versierter Techniker, um die Erzeugung von Strom zu gewährleisten. Daneben ist ein Generalunternehmer von der Genossenschaft beauftragt worden. Wichtig ist das Fachwissen der handelnden Akteure sowie bei der Erzeugung von Energie darüber hinaus auch die besondere fachliche Befähigung z.B. für die Errichtung und Wartung von Trafo-Stationen. Bis heute konnte zwar kein neuer Arbeitsplatz durch die Gründung und den Betrieb der Genossenschaft geschaffen werden. Indirekt werde die örtliche Wirtschaft durchaus gefördert. Zu der Möglichkeit einer Kooperation zwischen der Energiegenossenschaft Lehrte-Sehnde und der Stadt Burgdorf konnte Herr Böckmann keine Aussage treffen. In Burgdorf ist nach seiner Ansicht genug eigenes Potenzial zur Führung einer eigenen Genossenschaft vorhanden.

**Herr Baxmann** verwies darauf, dass die Situationen in Lehrte und Burgdorf nicht vergleichbar sind. Insbesondere besteht keine inhaltliche Vergleichbarkeit des vorhandenen Know-Hows. Die Struktur der vorhandenen Bankinstitute ist eine andere. Auch verfügen die Stadtwerke über kein eigenes technisches Personal. Burgdorf ist bzgl. der eventuellen Erzeugung von Windenergie nicht als Standort vorgesehen. Schließlich kann die Verwaltung nur in der Initiativphase der Gründung begleitend tätig sein.

Auf Nachfrage erläuterte **Herr Böckmann**, dass eine direkte Vermarktung der erzeugten Energie an der Strombörse in Leipzig zwar möglich ist. Notwendig hierfür ist jedoch ein Partnerunternehmen.

**Frau Leykum** dankte Herrn Böckmann für seine Ausführungen und schloss die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt ab.

6. **Ausbauprogramm "Im Langen Mühlenfeld" und Knotenpunkt "Vor dem Celler Tor/Gartenstraße/Im Langen Mühlenfeld"**  
**Vorlage: 2012 0115**

---

**Frau Warneke** erläuterte anhand der als Anlage 3 beigefügten Präsentation die Grundzüge des Ausbauprogramms. Sie wies insbesondere darauf hin, dass sich die Breite der Fahrbahn von 8 Meter auf 6 Meter verringert. Durch die veränderte Aufstellung der Parkplätze werden zusätzliche Parkmöglichkeiten geschaffen. Im Zuge der durchgeführten Anliegerversammlung hat ein Vertreter der Realschule angeregt, bei der Gestaltung des Gehwegs zu

beachten, dass nach Unterrichtsende zahlreiche Schüler den Ausgang im Langen Mühlenfeld nutzen. Im Knotenpunkt Im Langen Mühlenfeld / Vor dem Celler Tor / Gartenstraße wird der Radverkehr derzeit nicht richtungstreu geführt. Zukünftig soll die in das Lange Mühlenfeld führende Abspernung entfernt und die Radfahrer auf der Fahrbahn über den Kreuzungsbereich geführt werden. Entsprechend soll die Lichtsignalanlage versetzt werden, um so dem Radverkehrskonzept folgend einen richtungstreuen Radverkehr zu ermöglichen. In Richtung Sorgenser Mühle soll eine Haltetasche innerhalb der roten Fahrbahnmarkierung eingerichtet werden, damit die nach links in die Gartenstraße abbiegenden Radfahrer zunächst den geradeaus fließenden Radverkehr sicher abwarten und dann in die Gartenstraße einfahren können.

**Frau Leykum, Frau Heldt und Herr Kuyucu** hinterfragten den Grund für die Anordnung der Aufstelltasche der nach links abbiegenden Radfahrer auf der rechten Seite des neuen Radweges. Weiter wurde erörtert, ob die in die Gartenstraße abbiegenden Radfahrer ein an sie gerichtetes Signal erhalten.

**Herr Herbst** erwiderte, dass die rechts neben dem Radfahrstreifen angeordnete Aufstellfläche für den indirekten Abbiegevorgang der gängigen Praxis sowie den entsprechenden Richtlinien entspricht. Diese Planung ist mit der PGV abgestimmt. Es ist jedoch denkbar, dass die Aufstellfläche 3 bis 5 Meter zurückgesetzt wird.

**Herr Obst** kritisierte, dass zukünftig die Radfahrer nicht mehr über den Einmündungsbereich des Langen Mühlenfeld in Richtung Sorgenser Mühle über den Kreuzungsbereich geführt werden. Durch das Verlagern des Radverkehrs auf die Fahrbahn entsteht ein Gefahrenpotenzial. In der Straße „Im Langen Mühlenfeld“ sollte an der Schrägaufstellung der Parkplätze festgehalten werden, da ansonsten bei den Parkvorgängen Probleme auftreten könnten. Schließlich plädierte Herr Obst für die Aufstellung eines „Starenkastens“ zur Ahndung von Rotlichtverstößen im Kreuzungsbereich.

**Herr Herbst** erläuterte, dass in einem von der kath. Kirchengemeinde eingegangenen Schreiben die von Herrn Obst skizzierte Problematik bzgl. der Aufstellung der Parkplätze insbesondere vor der Kirche ebenfalls geschildert wurde. Allerdings ist das Rückwärtsausparken auch bei einer Senkrechtaufstellung ohne Probleme möglich. Man würde 10 Parkplätze verlieren, wenn insgesamt auf die Senkrechtaufstellung verzichtet würde.

Bzgl. der Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn sind keine Gefahrensituationen zu befürchten. Die Planungen wurden vom ADFC befürwortet und entsprechen der gängigen Praxis und sollten langfristig im ganzen Stadtgebiet eingeführt werden.

Bzgl. der Forderung nach einem „Starenkasten“ merkte **Herr Herbst** an, dass Planungen nicht hinsichtlich derjenigen Verkehrsteilnehmer vorgenommen werden sollten, die gegen Verkehrsregeln verstoßen.

**Herr Ruser** hob hervor, dass die in Rot gehaltene Markierung der Radwege sich z.B. in Hannover im Bereich der „Celler Straße“ gut bewährt und die Farbe eine positive Signalwirkung hat.

**Herr von Oettingen** hinterfragte, ob alle Radwege über den Knotenpunkt in diesem Rot markiert werden können.

**Herr Herbst** sagte eine Prüfung dieser Frage zu.

**Herr Obst** sprach sich ausdrücklich gegen die in der Vorlage dargestellte

Verkehrsführung aus und beantragte die getrennte Abstimmung bzgl. der Schrägaufstellung von Parkplätzen auf der Südseite der Straße „Im Langen Mühlenfeld“. Wenn auf der Südseite die Schrägaufstellung beibehalten würde, würden gegenüber den Planungen nur drei Parkplätze weniger entstehen.

**Herr Morich** betonte, dass er die Aufstellung eines Starenkastens ablehnt.

### **Beschluss:**

**Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr fasste folgende empfehlende Beschlüsse:**

**Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr stimmte mit 5 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen für eine Schrägaufstellung der Parkplätze auf der Südseite der Straße „Im Langen Mühlenfeld“ vor der Kirche.**

**Einstimmig stimmte der Ausschuss für Umwelt und Verkehr für den Ausbau der Straße „Im Langen Mühlenfeld“ im Bereich „Vor dem Celler Tor“ bis zur „Grenzstraße“ ohne die Umgestaltung des Knotenpunktes „Vor dem Celler Tor/Gartenstraße/Im Langen Mühlenfeld“ wie im Ausbauprogramm dargestellt.**

**Mit 6 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen beschloss der Ausschuss für Umwelt und Verkehr den Ausbau der Straße „Im Langen Mühlenfeld“ im Bereich „Vor dem Celler Tor“ bis zur „Grenzstraße“ mit der Umgestaltung des Knotenpunktes „Vor dem Celler Tor/Gartenstraße/Im Langen Mühlenfeld“ wie im Ausbauprogramm dargestellt.**

**Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Vereinbarung auf Grundlage der als Entwurf in Anlage 7 beigefügten Vereinbarung mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zu schließen.**

## **7. Anregungen an die Verwaltung**

---

**Herr von Oettingen** regte an, am Kleinen Brückendamm die Linksabbiegespur zumindest zeitweise als Geradeausspur zu markieren.

**Herr Herbst** erwiderte, dass in diesem Bereich die NLStBV zuständig ist. Weiter seien die Arbeiten zu aufwändig, da die vorhandene Markierung abgefräst werden müsste und insgesamt zu hohe Kosten entstehen.

**Herr Kleinschmidt** ergänzte, ob es nicht möglich ist, die vorhandenen Baken um einen Meter zu verrücken.

**Herr Obst** sprach den an der Raiffeisenstraße stehenden Zaun an, der seit geraumer Zeit nicht mehr ansehnlich ist.

**Herr Herbst** erläuterte, dass mit der Deutschen Bahn AG bereits mehrfach über diesen Zaun gesprochen wurde. Die Bahn hat nicht vor, den Zaun zu erneuern. Die Stadt könnte dies auf eigene Kosten vornehmen.

**Herr Obst** hinterfragte die Umstände der Ortsbesichtigung der Ortsdurchfahrt Heeßel, über die im Anzeiger berichtet worden ist.

**Herr Herbst** erwiderte, dass es sich um eine Bürgerbesichtigung gehandelt habe, an der die Stadt nicht beteiligt gewesen ist. Es ist geplant, im Sommer 2012 eine Ortsbesichtigung mit einem Vertreter der Region Hannover durchzuführen. Herr Herbst ergänzte, dass die Region zurzeit keinen Handlungsbedarf für bauliche Veränderungen sieht.

**Herr Morich** erklärte, dass er von einem Bürger darauf hingewiesen wurde, dass die Fahrbahnoberfläche in der Straße Birkenweg reparaturbedürftig ist.

**Herr Herbst** bat darum, dass derartige Anfragen an die Verwaltung weiter geleitet werden. Es muss grundsätzlich geprüft werden, ob in angefragten Straßen noch Kanalarbeiten vorgenommen werden müssen, die in der Prioritätenliste bereits vermerkt sind.

**Frau Heldt** verwies auf die kürzlich stattgefundene Verkehrskontrolle in Schillerslage und bat darum, nicht zu viel Zeit bis zur nächsten Kontrolle verstreichen zu lassen, da noch immer viele LKW die Ortsdurchfahrt nutzen.

**Frau Heldt** hinterfragte, ob bereits ein Zeitpunkt für die Verbreiterung des Gehwegs an der Sprengelstraße bekannt ist.

**Herr Herbst** erläuterte, dass nach der erfolgten Genehmigung des Haushaltes zunächst die für die Verbreiterung notwendige Fläche durch die Stadt erworben werden muss. Erst danach könnte mit der Verbreiterung begonnen werden.

**Herr Weinel** hinterfragte den städtischen Einfluss auf die Art der Ausschilderung der Umgehung bei einer Vollsperrung der Autobahn.

**Herr Herbst** erläuterte, dass bereits Gespräche mit der NLStBV über die Umleitung stattgefunden haben und die Umleitung nach der Vorstellung der NLStBV so bestehen bleiben soll.

### **Einwohnerfragestunde**

Die Fragen und Antworten der Einwohnerfragestunde sind dem Protokoll als Anlage 4 beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzende

Protokollführer